Gemeinde Mainhausen, Montag, 3. September 2012

Keine Auflösung – nur Sitzverlegung

Dievernich: Aussagen des Anwaltes überzogen und kontraproduktiv für den Standort

Als „über das Ziel hinausgeschossen“ bezeichnet der Vorsitzende des Mainhäuser Gewerbevereins, Peter Dievernich, die Ausführungen des Forstbetriebes und seinen Rechtsanwaltes. Keineswegs soll und wird eine Existenz zerstört, hierbei handelt es sich lediglich um die reguläre Beendigung eines Pachtverhältnisses und diese gewollte Beendigung ist dem Nutzer bereits seit Jahren bekannt.

„Ottonormalverbraucher und Gewerbetreibende haben weder Kündigungs- bzw. Räumungsfristen von mehreren Jahren, noch haben diese die Möglichkeit mehrere tausend qm Fläche für 150 € monatlich zu pachten“, so Peter Dievernich. Nach seiner Auffassung kann ein Miet- bzw. Pachtverhältnis in dem betroffenen Gebäude nicht weitergeführt werden, da keine Baugenehmigung mehr existiert, was in der Nutzungsänderung begründet liegt. Eine Legalisierung, somit die Beantragung einer Baugenehmigung, würde Kosten verursachen, die die Gemeinde Mainhausen und somit der Steuerzahler tragen müssten.

In Mainhausen, vor allem im Bereich der Wirtschaft, herrscht Aufbruchsstimmung. Bebauungspläne werden aktualisiert, neue Gewerbegebiete ausgewiesen, und neue Firmen verlegen gern ihren Sitz nach Mainhausen und wieder Andere planen Erweiterungen. All dies initiiert von einer „existenzzerstörenden“ Bürgermeisterin und einem aktiven Gewerbeverein. „Da passt was nicht, wir sind auf jeden Gewerbebetrieb stolz“, so der Vorsitzende des Gewerbevereins. „Der Betreiber des Forstbetriebes sollte bedenken, dass zum Wohl aller in Mainhausen gehandelt werden muss und nicht nur ein Gewerbebetrieb seinen Vorteil so kalkuliert ausnutzen kann.“

Die Presseberichterstattung und der reißerische Auftritt des Gegenanwaltes schadet dem Wirtschaftsstandort Mainhausen in hohem Maße und kann so keinesfalls hingenommen werden.

Gerade in den Sommerwochen konnte bei den gemeinsamen Firmengesprächen fest gestellt werden, dass eine hohe Akzeptanz der Arbeit von Bürgermeisterin Disser und Gewerbeverein entgegengebracht wird. „Nur gemeinsam können wir Mainhausen weiterentwickeln, voranbringen und Probleme lösen“, so der Vorsitzende abschließend, „dabei spielt auch Gerechtigkeit und Ausgleich eine Rolle. Ein angemessener Pachtzins und eine ebenso angemessen Räumungsfrist ist dazu das mindeste.“